

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

11.12.2019

Nach den Parteitag geht die politische Arbeit weiter

Alle drei Koalitionspartner haben ihre Parteitage beendet. In den letzten 12 Monaten sind dabei auch neue Vorsitzende gewählt worden. Das sind normale Vorgänge in einer Demokratie. Die Vorsitzendenwahlen bei der SPD sind allerdings kein Grund, die Grundausrichtung der Koalition nach links zu verschieben. „Pacta sunt servanda“ – der geschlossene Vertrag gilt und wird nicht neu verhandelt. Wir werden uns in der Union auf unsere Themen konzentrieren: Zukunft, Wirtschaft, Finanzen, starker Staat und Außen- und Sicherheitspolitik – hier gibt es noch viele Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger zu erledigen.

Auch in dieser parlamentarischen Woche stehen konkrete Entscheidungen über wichtige Vorhaben an, wie z.B. die Stärkung der Betriebsrenten und die Wiedereinführung der Meisterpflicht in 12 Gewerken.

Mit dem Gesetz zur Entlastung der Betriebsrentner zeigt die große Koalition, dass sie auch Dinge erledigen können, die nicht im Koalitionsvertrag vereinbart worden sind. Auf die Kassenbeiträge von Betriebsrentnern wird zum 1. Januar nächsten Jahres ein monatlicher Freibetrag von 159,25 Euro eingeführt. Erst oberhalb dieser Summe werden Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) fällig. Rund 60 Prozent der Betriebsrentner werden dadurch komplett befreit, die anderen werden erheblich entlastet. Bislang galt eine sogenannte Freigrenze, die nur Rentnern mit geringen Betriebsrenten nützte. Der Freibetrag kommt nunmehr allen Betriebsrentnern zugute. Allerdings: Die neue Freibetragsregelung werden die GKV-Krankenkassen rund 1,2 Milliarden Euro pro Jahr kosten. Die Mindereinnahmen sollen durch einen höheren Zuschuss aus dem Gesundheitsfonds und den finanziellen Reserven der gesetzlichen Krankenkassen finanziert werden.

In zwölf Handwerken, in denen 2003 die Meisterpflicht abgeschafft worden war, soll sie wieder eingeführt werden. Das betrifft Berufe wie Fliesen- und Parkettleger, Rolladentechniker und Drechsler oder Raumausstatter und Orgelbauer. Bei ihnen handelt es sich um Handwerke, in denen eine Gefahr für Leben und Gesundheit droht, wenn sie unsachgemäß ausgeübt werden. Betroffen sind auch Handwerker, die mit geschützten Kulturgütern umgehen und sich dafür besondere Kenntnisse aneignen müssen. Wer sein Gewerbe bereits jetzt ohne Meisterprüfung ausübt, fällt nicht unter diese Neuregelung.

Auch der letzte Teil des Klimaschutzpakets wird in dieser Woche abgeschlossen. Nach der Einigung über das Klimapakets am 20. September dieses Jahres haben wir sehr zügig eine ganze Reihe von Maßnahmen im Deutschen Bundestag beschlossen. Wir haben damit die Voraussetzung dafür geschaffen, dass in Deutschland wesentliche Schritte hin zu mehr Klimaschutz unternommen werden können.

Drei von vier Teilen des Klimapakets haben den Bundesrat bereits Ende November passiert. Derzeit verhandeln wir im Vermittlungsausschuss mit den Ländern über den vierten Teil, das sind die steuerrechtlichen Regelungen wie etwa günstigeres Bahnfahren und die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung. Das heißt, hierbei geht es um steuerliche Entlastungen, um den Menschen Anreize zu geben, klimafreundlich zu leben. Dabei gilt es die energetische Häusersanierung zu fördern und die Mehrwertsteuer auf Fernfahrten bei der Bahn zu senken. Es macht in dieser Phase keinen Sinn, grundlegend neue Positionen in der Koalition aufzubauen. Mit Blick auf die neue EU-Kommission wollen wir als Union frühzeitig unsere Position einbringen: Anreize statt Verbote, Klimaschutz durch Technologie und Innovation.

Finanzierungsmöglichkeiten für KMU

Unternehmer, Gründer sowie Nachfolger suchen verstärkt online nach einfachen und unkomplizierten [Finanzierungslösungen](#). Mit dem neuen Finanzierungsportal schaffen die Bürgschaftsbanken die Basis dafür. Mit diesem Finanzierungsportal soll der Zugang zu einer passgenauen Finanzierung erleichtert und so Unternehmen bei ihren Vorhaben unterstützt werden. Über die Plattform [finanzierungsportal.ermoeglicher.de](https://www.finanzierungsportal.ermoeglicher.de) können Unternehmer, Freiberufler, Gründungs- und Nachfolgeinteressierte, Kreditinstitute sowie Beratungseinrichtungen innerhalb von wenigen Minuten Finanzierungsanfragen für ihre Firma bzw. ihre Kunden und Mandanten stellen. Die Anfrage wird automatisch an die jeweils zuständige Bürgschaftsbank weitergeleitet. Die Bewertung durch die Bürgschaftsbank ist kostenlos. Das Vorhaben wird von den Mitarbeitern der Bürgschaftsbanken persönlich und individuell auf die Machbarkeit der Finanzierung und die mögliche Übernahme einer Bürgschaft geprüft. Gründern und Unternehmern wird auch bei der Strukturierung der benötigten Finanzierung geholfen. Auf Wunsch werden die Hausbank und weitere vom Kunden gewünschte Kreditinstitute angesprochen. Gleichzeitig bietet das Finanzierungsportal einen Service für Banken und Sparkassen. Der Kommunikationsweg mit den Bürgschaftsbanken wird vereinfacht und der Aufwand bei der Prüfung von Gründungen und Investitionsvorhaben verringert. Stellen Kreditinstitute eine Anfrage über das Portal ein, wird das Vorhaben durch die Bürgschaftsbanken geprüft und aufbereitet. (<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/mittelstandsfinanzierung.html>)

Wachsende Städte

Städte-Boom in der Republik. Von 2012 bis 2018 hat sich der Anteil der Stadtbewohner in Deutschland um 3,1 Prozent erhöht. Dies bedeutet eine Zunahme der Bevölkerung der urbanen Räume um 2,4 Millionen neue Einwohner. Besonders hoch fiel dabei das Wachstum der Bevölkerung der Städte Leipzig (+12,9 Prozent), Frankfurt am Main (+9,5 Prozent) und Berlin (+8 Prozent) aus. Ursachen für diese Entwicklung in Städten ab 100.000 Einwohnern sind neben einem Geburtenüberschuss vor allem ein Zuzug aus dem Ausland. (Destatis)

Kein Klimawandel beim Mittelstand?

Viele Unternehmen haben den Klimawandel und die Debatte darüber nicht im Blick, berichtet das [Handelsblatt](#). Nur jeder fünfte Mittelständler hat bisher eigene Maßnahmen ergriffen. Zwar haben einige Mittelständler erkannt, dass die Themen wichtiger werden. Aber gerade einmal jedes zehnte Unternehmen hat konkrete Maßnahmen ergriffen. Jeweils rund ein Fünftel hat zumindest das Problembewusstsein geschärft oder eine höhere

Aufmerksamkeit für das Thema geschaffen. Aber: 46 Prozent sehen überhaupt keinen Effekt der Debatten auf ihr Unternehmen.

Vielfalt als ökonomischer Faktor

Firmen mit Frauen in Führungspositionen sind bei Diversität und Digitalisierung besser aufgestellt, zeigt eine Studie. Gründerin Tijen Onaran erklärt die Hintergründe. Tijen Onaran ist Gründerin der internationalen Initiative Global Digital Women (GDW), die sich für die Sichtbarkeit und die Vernetzung von Frauen in Digitalberufen engagiert. Um herauszufinden, welche konkreten Anforderungen und Ansprüche Arbeitnehmer heute an ihre Arbeitgeber haben und welchen Stellenwert Diversität und Digitalisierung haben, hat GDW gemeinsam mit der Europa-Universität Flensburg eine Studie zum Thema „Diversität und Digitalisierung in Unternehmen“ durchgeführt. <https://www.augsburger-allgemeine.de/wirtschaft/Tijen-Onaran-Vielfalt-ist-fuer-Unternehmen-ein-oekonomischer-Faktor-id56134371.html>

Bundestag reformiert Tagesordnung

Die Reform der Plenarwochen im Bundestag ist beschlossene Sache. Mit großer Mehrheit billigte das Parlament am Mittwoch die veränderte Tagesordnung, die in Zukunft ausufernde Nachtsitzungen verhindern soll. Nur die AfD stimmte dagegen, weil sie die damit verbundene Verkürzung der Redezeiten ablehnt. Am Widerstand der AfD war schon vor zwei Wochen eine Verständigung im Ältestenrat gescheitert. Deshalb musste das Plenum über das Vorhaben abstimmen. Vom Donnerstag, an dem die Sitzungen zuletzt regelmäßig bis weit nach Mitternacht gingen, werden mit der Reform fünf Tagesordnungspunkte auf den Mittwoch vorgezogen. Dafür wird die Fragestunde am Mittwoch von 90 auf 60 Minuten verkürzt, und viele kleinere Debatten dauern statt 38 Minuten in Zukunft nur noch 30 Minuten. (dpa)

Zitat

„Angst hatte ich in der Politik eigentlich noch nie. Und alles andere muss man jetzt abwarten. Die SPD ist jetzt am Zuge mit ihrem Parteitag und dann werden wir sehen, was dort Beschlusslage wird. (...) Ich gebe jetzt keine Prognosen ab, dafür habe ich zu viel erlebt in der Politik.“ (Bundesinnenminister Horst Seehofer, CSU, am Montag, 2.12.2019 in Brüssel auf die Frage, ob er nach dem Überraschungssieg von Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans im Kampf um den SPD-Vorsitz Angst habe, dass die große Koalition in Kürze auseinanderbricht)